



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Cansin Köktürk
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Katja Mast

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
Postanschrift: 11017 Berlin

Tel. +49 30 18 527-2660

Fax +49 30 18 527-2664

buero.mast@bmas.bund.de

Berlin, 15. April 2026

Fragestunde des Deutschen Bundestages am April 2026;

BT-Drucksache 21/5250, Frage Nr. 59

Anlage: – 1 –

Sehr geehrte Frau Kollegin,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Fragestunde des Deutschen Bundestages am April 2026

BT-Drucksache 21/5250, Frage Nr. 59

der Abgeordneten Frau Cansin Köktürk, Die Linke

Frage Nr. 59:

Wie erklärt das Bundesministerium für Gesundheit, dass es keine belastbaren Daten zur Einkommenssituation, Armutsgefährdung oder Verschuldung pflegender Angehöriger gibt (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 76 und 77 auf Bundestagsdrucksache 21/4372), und welche konkreten Reformen plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode, um das Armutsrisiko pflegender Angehöriger messbar zu senken?

Antwort:

Die erfragten Angaben können in der amtlichen Statistik nicht vorliegen, da die spezifischen Haushaltskontexte von pflegenden Angehörigen nicht durch prozessproduzierte Datenverarbeitungen erfassbar sind. Informationen über die Verteilung der Gesamteinkommen privater Haushalte können in Deutschland mangels solcher Register- oder Verwaltungsdaten nur aus Befragungen von Stichproben der Bevölkerung gewonnen werden, die aber ebenfalls die gewünschte Information nicht liefern können. In diesen Befragungen werden nicht immer alle Tatbestände erhoben, die zur Identifizierung von pflegenden Angehörigen erforderlich wären. Zudem können aufgrund der Stichprobengröße kleinere Bevölkerungsgruppen nicht repräsentativ abgebildet werden.

Bezüglich der Maßnahmen, die die Bundesregierung zur Stärkung der wirtschaftlichen Situation von Pflegepersonen plant oder bereits ergriffen hat, wird auf die Antwort der Bundesregierung zu der Schriftlichen Frage 77 auf der Bundestagsdrucksache 21/4372 verwiesen. Darüberhinausgehende Maßnahmen sind derzeit nicht geplant.